



Florian Bühler (Autor)

Veränderungen in den Familienstrukturen und die Auswirkungen auf das Erbrecht

Eignet sich das „Berliner Testament“ für Stieffamilien, wenn diese ihre Kinder gleich behandeln wollen?



Internationale
Göttinger Reihe

RECHTSWISSENSCHAFTEN

Florian Bühler

Veränderungen in den Familienstrukturen und die Auswirkungen auf das Erbrecht:

Eignet sich das „Berliner Testament“ für
Stieffamilien, wenn diese ihre Kinder
gleich behandeln wollen?

Band 75



Cuvillier Verlag Göttingen
Internationaler wissenschaftlicher Fachverlag

<https://cuvillier.de/de/shop/publications/7536>

Copyright:

Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen,
Germany

Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: info@cuvillier.de, Website: <https://cuvillier.de>



Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	XII
1. Einleitung.....	1
1.1. Problemstellung.....	1
1.2. Ausgangslage und Ziel der Arbeit.....	4
1.3. Aufbau der Arbeit.....	6
2. Soziale und rechtliche Aspekte von Stieffamilien	9
2.1. Relevanz sozialer Veränderungen	9
2.2. Die Veränderungen von Lebensformen	9
2.3. Stiefkindverhältnisse im geltenden deutschen Recht.....	12
2.3.1. Relevanz der Fragestellung.....	12
2.3.2. Stiefkindverhältnisse im Erbrecht	12
2.3.3. Stiefkindverhältnisse im Erbschaftssteuerrecht.....	14
2.3.3.1. Die Regelungen der §§ 15 f. ErbStG	14
2.3.3.2. Verfassungsrechtliche Würdigung der §§ 15 und 16 ErbStG	15
2.3.4. Stiefkindverhältnisse im Familienrecht	19
2.3.4.1. Bedeutung des Familienrechts für Stiefkindverhältnisse	19
2.3.4.2. Namensrecht	20
2.3.4.3. Umgangsrecht.....	21
2.3.4.4. „Kleines Sorgerecht“ gemäß § 1687b BGB.....	24
2.3.4.5. Unterhaltsrecht.....	25
2.3.4.6. Zwischenergebnis	26
2.3.5. Verfassungsrechtliches Verständnis des Familienbegriffs.....	27
2.3.5.1. Familie als unbestimmter Begriff	27
2.3.5.2. Traditionelles Begriffsverständnis des BVerfG	28
2.3.5.3. Wandel des traditionellen Begriffsverständnisses.....	29
2.3.6. Zwischenergebnis.....	30
2.4. Zusammenfassung des zweiten Kapitels	31
3. Gestaltungsoptionen beim gemeinschaftlichen Testament und die damit verbundenen Auswirkungen bei Stieffamilien	33
3.1. Typen letztwilliger Verfügungen von Ehegatten.....	33
3.1.1. Gemeinschaftliches Testament und Erbvertrag.....	33
3.1.2. Gemeinschaftliches Testament mit Trennungslösung.....	34
3.1.2.1. Regelungszweck der Trennungslösung.....	34
3.1.2.2. Nacherbschaft im gemeinschaftlichen Testament.....	35
3.1.3. Gemeinschaftliches Testament mit Einheitslösung.....	36
3.1.3.1. Regelungszweck der Einheitslösung.....	36
3.1.3.2. Einheitslösung im gemeinschaftlichen Testament	36
3.2. Pflichtteilsansprüche und „Berliner Testament“	37
3.2.1. Beispielfall	37
3.2.1.1. Ausgangslage	37
3.2.1.2. Berechnungsbeispiel zur Ausgangskonstellation	38
3.2.1.3. Auswirkungen bei anderen Familienstrukturen	39
3.2.1.3.1. F stirbt zuerst.....	39
3.2.1.3.2. M und F haben jeweils (nur) ein Kind	40
3.2.1.3.3. Der erstversterbende M hat zwei Kinder, F ein Kind.....	40
3.2.1.3.3.1. Veränderung bei der Anzahl der Kinder.....	40
3.2.1.3.3.2. Einseitige und gemeinschaftliche Kinder	41
3.2.1.3.4. Der erstversterbende M hat ein Kind, F zwei Kinder.....	41
3.2.1.3.5. Zwischenergebnis.....	41
3.2.1.4. Berechnungsbeispiele bei Vermögensunterschieden	41



3.2.1.4.1. Berechnungsbeispiele bei gleichem Vermögen.....	42
3.2.1.4.1.1. F stirbt zuerst.....	42
3.2.1.4.1.2. M und F haben jeweils (nur) ein Kind.....	42
3.2.1.4.1.3. Der erstversterbende M hat zwei Kinder, F ein Kind.....	42
3.2.1.4.1.4. Der erstversterbende M hat ein Kind, F zwei Kinder.....	42
3.2.1.4.1.5. Zwischenergebnis	43
3.2.1.4.2. Berechnungsbeispiele bei Vermögensunterschieden	43
3.2.1.4.2.1. F stirbt zuerst.....	43
3.2.1.4.2.2. M und F haben jeweils (nur) ein Kind.....	43
3.2.1.4.2.3. Der erstversterbende M hat zwei Kinder, F ein Kind.....	43
3.2.1.4.2.4. Der erstversterbende M hat ein Kind, F zwei Kinder.....	44
3.2.1.4.2.5. Zwischenergebnis	44
3.2.1.4.3. Schlussfolgerungen	44
3.2.2. Ursachen dieses unbilligen Ergebnisses	45
3.2.2.1. Die Konstruktion des „Berliner Testaments“	45
3.2.2.2. Der Pflichtteilsanspruch leiblicher Verwandter	45
3.2.3. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Erb- und Pflichtteilsrechts	46
3.2.3.1. Die Erbrechtsgewährleistung gemäß Art. 14 Abs. 1 GG	46
3.2.3.2. Testierfreiheit als Element der Privatautonomie.....	49
3.2.3.2.1. Der Begriff der Privatautonomie.....	49
3.2.3.2.2. Verfassungsrechtliche Verankerung der Privatautonomie	50
3.2.3.2.3. Einschränkung der Privatautonomie	51
3.2.3.3. Verfassungsmäßigkeit der §§ 2303 ff. BGB	52
3.2.3.4. Auswirkungen bei Einforderung des Pflichtteils	55
3.2.4. Sanierung durch Pflichtteilklauseln	55
3.2.4.1. Der Begriff der Pflichtteilklausel	55
3.2.4.2. Zweck der Pflichtteilklauseln.....	56
3.2.4.3. Pflichtteilklauseln beim Vorhandensein von nicht gemeinsamen Abkömmlingen	58
3.2.4.3.1. Folgen verschiedener Abstammung	58
3.2.4.3.2. Keine Nachlassbeteiligung beim Tod des Letztversterbenden.....	58
3.2.4.3.3. Keine abschreckende Wirkung durch Pflichtteilklausel	60
3.2.4.3.3.1. Problemstellung.....	60
3.2.4.3.3.2. Keine Bindungswirkung.....	61
3.2.4.3.3.3. Aufnahme einer Abänderungsbefugnis.....	63
3.2.4.3.3.4. Unsichere Beteiligung beim Schlusserbfall.....	63
3.2.4.3.3.5. Zwischenergebnis	65
3.2.4.3.4. Wirkung der Pflichtteilklausel.....	66
3.2.4.3.4.1. Beispielrechnung mit Pflichtteilklausel.....	66
3.2.4.3.4.2. Beispielrechnung ohne Pflichtteilklausel.....	67
3.2.4.3.4.3. Zwischenergebnis	68
3.2.4.3.5. Die Pflichtteilklausel als probates Gestaltungsmittel in Stieffamilien?.....	69
3.2.4.4. Schlussfolgerungen.....	72
3.3. Steuerrechtliche Besonderheiten	72
3.3.1. Auswirkungen der Einheitslösung	72
3.3.2. Auswirkungen der Trennungslösung	73
3.4. Auswirkungen auf die Beratungspraxis.....	74
3.4.1. Einführung.....	74
3.4.2. Durchführung und Konzeption der Untersuchung	75
3.4.3. Untersuchungsinstrument.....	75
3.4.4. Kreis der Befragten	78
3.4.5. Technische Umsetzung	79
3.4.6. Studienteilnehmer.....	80
3.4.7. Ergebnisse	80
3.4.7.1. Würden Sie die Frage stellen, ob es sich um gemeinsame Kinder handelt?	81
3.4.7.2. Wenn ja, warum?	82
3.4.7.3. Zu welcher Form der Testierung würden Sie raten?.....	83



3.4.7.4. Würden Sie dem Ehepaar von der Errichtung eines gemeinschaftlichen Testamentes in Form des „Berliner Testamentes“ abraten, wenn Ihnen bekannt wäre, dass es sich um nicht gemeinsame Abkömmlinge handelt?	85
3.4.7.5. Würden Sie – sofern Sie keine Bedenken gegen die Errichtung eines gemeinschaftlichen Testamentes in Form des „Berliner Testamentes“ haben – die Anordnung einer Pflichtteils Klausel zur Absicherung der Rechtsposition des überlebenden Ehegatten empfehlen?	86
3.4.7.6. Wenn nein, warum?	87
3.4.8. Würdigung der Ergebnisse	88
3.4.8.1. Limitation der Ergebnisse	88
3.4.8.2. Vertrautheit mit der Problematik	89
3.4.8.3. Der Einfluss des Pflichtteilsrechts bei Stieffamilien	89
3.4.8.4. Abweichungen zwischen den Notariatstypen	90
3.4.8.5. Zwischenergebnis	90
3.5. Zusammenfassung des dritten Kapitels	91
4. Überlegungen zur Sicherstellung einer Gleichbehandlung der Kinder in Stieffamilien durch die Kautelarpraxis beim „Berliner Testtament“	93
4.1. Pflichtteilsverzichtsvertrag	93
4.2. Erweiterte Pflichtteils Klausel	94
4.3. Auflösend bedingte Vollerbschaft des Längerlebenden	96
4.3.1. Problemstellung	96
4.3.2. Die Bedingung der Geltendmachung des Pflichtteiles	98
4.3.3. Die Rechtsposition des überlebenden Ehegatten	98
4.3.3.1. Darstellung verschiedener Rechtsauffassungen	98
4.3.3.1.1. Auflösend bedingter Vollerbe und aufschiebend bedingter Vorerbe	99
4.3.3.1.2. Auflösend bedingter Vorerbe und aufschiebend bedingter Vollerbe	99
4.3.3.1.3. Freies Wahlrecht der Ehegatten	99
4.3.3.2. Stellungnahme	100
4.3.4. Die Rechtsposition der Schlusserben	104
4.3.4.1. Bedingungseintritt durch Verhalten einzelner Schlusserben	104
4.3.4.2. Wer ist Bedachter des Erstversterbenden beim „Berliner Testament“?	104
4.3.4.2.1. Nur der Vollerbe als Bedachter	104
4.3.4.2.2. Nur der Schlusserbe als Bedachter	105
4.3.4.2.3. Sowohl Voll- als auch Schlusserbe als Bedachter	105
4.3.4.2.4. Stellungnahme	105
4.3.4.3. Vorschlag einer Verwirkungsklausel	109
4.3.4.4. Bedenken gegen die Verwirkungsklausel	110
4.3.4.4.1. Einschränkung der Testierfreiheit durch das Pflichtteilsrecht	110
4.3.4.4.2. Denkbarer Verstoß gegen die §§ 2139-2146 BGB	111
4.3.4.4.3. Zwischenergebnis	111
4.3.4.5. Die Abschreckungswirkung der Verwirkungsklausel	112
4.3.4.5.1. Beispielfall	112
4.3.4.5.2. Denkbare Konsequenzen des Beispielfalles	113
4.3.4.5.2.1. Keine weitergehende testamentarische Regelung	113
4.3.4.5.2.2. Gestaltungsüberlegung der auflösend bedingten Voll- und aufschiebend bedingten Vorerbschaft	113
4.3.4.5.2.2.1. Auswirkungen von Vermögensunterschieden	114
4.3.4.5.2.2.1.1. Größeres Vermögen bei F	114
4.3.4.5.2.2.1.2. Gleichmäßige Vermögensverteilung	115
4.3.4.5.2.2.2. Auswirkungen der Familienstrukturen	116
4.3.4.5.3. Stellungnahme	116
4.3.4.6. Umsetzung in der Praxis	118
4.3.5. Zwischenergebnis	119
4.4. Aussetzung von Vermächtnissen	120
4.4.1. Problemstellung	120
4.4.2. Das Herausgabevermächtnis auf den Überrest	121
4.4.2.1. Grundlegende Konstruktion	121
4.4.2.2. Anfall und Fälligkeit des Vermächtnisses	121



4.4.2.2.1. Annahme der Abzugsfähigkeit.....	123
4.4.2.2.2. Keine Annahme der Abzugsfähigkeit.....	123
4.4.2.2.3. Stellungnahme.....	123
4.4.2.3. Aufschiebend befristetes oder bedingtes Vermächtnis?.....	125
4.4.2.4. Beschränkung des Herausgabevermächtnisses.....	126
4.4.2.5. Steuerliche Auswirkungen.....	128
4.4.2.6. Stellungnahme.....	129
4.4.3. Das Herausgabevermächtnis auf den gesamten Nachlass bzw. auf einen Nachlassteil (s.g. Quotenvermächtnis).....	131
4.4.3.1. Grundlegende Konstruktion.....	131
4.4.3.2. Aufschiebend befristetes oder bedingtes Vermächtnis?.....	132
4.4.3.3. Grenzen dieser Konstruktion.....	134
4.4.3.3.1. Verteilung des Vermögens unter den Ehegatten.....	135
4.4.3.3.2. Reihenfolge des Versterbens.....	137
4.4.3.3.2.1. Größeres Vermögen bei M.....	137
4.4.3.3.2.2. Kleineres Vermögen bei M.....	138
4.4.3.3.3. Auswirkungen der jeweiligen Familienstruktur.....	138
4.4.3.3.3.1. M und F haben jeweils (nur) ein Kind.....	138
4.4.3.3.3.2. Der erstversterbende M hat zwei Kinder, F ein Kind.....	139
4.4.3.3.3.3. Der erstversterbende M hat ein Kind, F zwei Kinder.....	139
4.4.3.3.3.4. Veränderung bei der Anzahl der Kinder.....	139
4.4.3.3.4. Zwischenergebnis.....	141
4.4.3.4. Umfang des Vermächtnisses.....	142
4.4.3.4.1. Problemstellung.....	142
4.4.3.4.2. Denkbare Verstoß gegen das Pflichtteilsrecht.....	143
4.4.3.4.3. Beschränkung der Vollerbenstellung des Längerlebenden?.....	147
4.4.3.4.4. Zwischenergebnis.....	149
4.4.3.5. Flexibilität bei der Höhe des Vermächtnisses?.....	150
4.4.3.5.1. Vermächtnis durch den Längerlebenden?.....	152
4.4.3.5.2. Anordnung eines Zweckvermächtnisses gemäß § 2156 BGB?.....	153
4.4.3.5.2.1. Auswirkungen der Vermögensverteilung.....	154
4.4.3.5.2.1.1. Vermögensungleichgewicht unter den Ehegatten.....	154
4.4.3.5.2.1.2. Gleiche Vermögensverteilung unter den Ehegatten.....	156
4.4.3.5.2.2. Zweckvermächtnis durch beide Ehegatten?.....	157
4.4.3.5.3. Zwischenergebnis.....	162
4.4.3.5.4. Umsetzung in eine Verwirkungsklausel.....	162
4.4.3.6. Abzugsfähigkeit des Vermächtnisses.....	164
4.4.3.7. Unterschiedlicher Lauf von Verjährungsfristen?.....	164
4.4.3.8. Steuerliche Betrachtung.....	165
4.4.3.8.1. Relevanz der steuerlichen Auswirkungen.....	165
4.4.3.8.2. Aufschiebend bedingtes bzw. befristetes Vermächtnis.....	166
4.4.3.8.3. Kumulation von aufschiebend befristetem und aufschiebend bedingtem Vermächtnis... ..	167
4.4.3.8.4. Vermächtnis durch den länger lebenden Ehegatten.....	167
4.4.3.9. Stellungnahme.....	168
4.5. Zusammenfassung des vierten Kapitels.....	171
5. Ergänzende Auslegung des Testamentes.....	175
5.1. Problemstellung.....	175
5.2. Der Begriff der ergänzenden Testamentsauslegung.....	176
5.3. Zulässigkeit der ergänzenden Testamentsauslegung.....	177
5.4. Voraussetzungen der ergänzenden Testamentsauslegung.....	178
5.5. Die „Aundeutungstheorie“.....	179
5.6. Vorgehen bei der ergänzenden Auslegung.....	180
5.6.1. Bestimmung des Zieles der Erblasser.....	180
5.6.2. Vorliegen einer planwidrigen Regelungslücke.....	181
5.6.3. Schließung der Regelungslücke.....	182
5.6.4. Aundeutung des Erblasserwillens.....	183
5.7. Lösungsansätze der Rechtsprechung.....	185
5.7.1. Lösung des OLG Stuttgart aus dem Jahr 1978.....	186



5.7.1.1. Sachverhalt	186
5.7.1.2. Begründung der Entscheidung	187
5.7.1.3. Anwendung der Pflichtteils Klausel	188
5.7.1.3.1. Sinn und Zweck der Pflichtteils Klausel	188
5.7.1.3.2. Kritik an der Lösung des OLG Stuttgart	189
5.7.1.3.3. Auswirkungen der Entscheidung des OLG Stuttgart	190
5.7.1.4. Stellungnahme	192
5.7.2. Die Lösung des OLG Celle aus dem Jahr 2009	194
5.7.2.1. Begründung der Entscheidung	195
5.7.2.2. Stellungnahme	195
5.7.3. Die Lösung des OLG Schleswig aus dem Jahr 2013	196
5.7.3.1. Begründung der Entscheidung	196
5.7.3.2. Stellungnahme	197
5.7.4. Die Lösung des OLG Frankfurt aus dem Jahr 2014	197
5.7.4.1. Begründung der Entscheidung	198
5.7.4.2. Stellungnahme	198
5.8. Zusammenfassung des fünften Kapitels	199
6. Schlussbetrachtung	201
Literaturverzeichnis	207
I. Beiträge in Zeitschriften	207
II. Lehr- und Fachbücher	213
III. Kommentierungen	216
IV. Dissertationen	218
V. Sonstiges	218